

Rede von Volker Beck MdB

anlässlich des 69. Unabhängigkeitstages des Staates Israel

29. Mai 2017 in Berlin

Shalom und Guten Tag!

Mazal Tov le-Yom ha'huledet ha'shishim ve'tesha shel medinat Yisra'el ha-Yehudit ve-ha'demokratit.

Alles Gute zum 69. Geburtstag des jüdischen und demokratischen Staates Israel. Mazel tov! Es ist ein krummer Geburtstag. Kein Jahrestag und doch gibt es in diesem Jahr 2017 einige Jahrestage, die bedeutend in der Geschichte Israels sind.

Im November jährt sich die Balfour-Deklaration zum 100. Mal: „Die Regierung Seiner Majestät“ erklärte ihr „Wohlwollen“ bezüglich der „Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“. Damit war die Idee der zionistischen Bewegung eine „Heimstätte für das jüdische Volk“ zu schaffen, auf die außenpolitische Agenda gelangt. 1922 nahm diesen Gedanken der Völkerbund in sein Mandat für Palästina auf.

Im November 1947, vor 70 Jahren, beschloss die Vollversammlung der Vereinten Nationen den UN-Teilungsplan. Jüdische Organisationen stimmten ihm zu, die arabischen Staaten lehnten ihn ab. Mit der Romanfigur Schmuel aus „Judas“ von Amos Oz möchte man diese fragen, warum sind „die Juden ... das einzige Volk auf der ganzen Welt, das keinen eigenen Staat verdiene, eine Heimat, Selbstbestimmung, ein Land, sei es auch nur ein kleiner Teil im Land ihrer Vorfäter, ein winziges Land, kleiner als Belgien, ... von dem noch dazu drei Viertel Wüste war?“ Dieses Land, das seine Existenz vom ersten Tag an verteidigen und erkämpfen musste.

Vor 69 Jahren wurde Israel als jüdischer und demokratischer Staat gegründet. Hier in Deutschland muss man immer wieder erklären, was das bedeutet. Heißt das, dass Israel ein religiöser Staat ist? Was heißt das für die Rechte der nicht-jüdischen Bürger Israels? Das hat die Unabhängigkeitserklärung selbst schon alles erklärt. Sie definiert die Staatsidee der „Wiedererrichtung einer nationalen Heimstätte“ für Jüdinnen und Juden: „Der Staat Israel wird der jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden im Exil offenstehen.“ Und die demokratische Dimension: Der Staat Israel „wird sich der

Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen.“ Heimstatt der Juden und gleiche Rechte für alle Bürger*innen – das ist die Staatsidee des jüdischen und demokratischen Staates. Nicht mehr und nicht weniger.

Mag sein, „alle Nationalstaaten seien ein Unglück und ein Elend, angenommen, [man] hätte sogar recht mit [der] Vorhersage, schon bald werde das Elend ein Ende finden und alle Nationalstaaten würden sich auflösen und von der Weltkugel verschwinden, so würde doch bis dahin, bis [die] Vision einer Welt ohne Staaten sich verwirklichte, noch jedes der Völker vergitterte Fenster und Riegel und Schlösser an den Türen haben – warum war es dann nicht rechtens, wenn auch die Juden ein kleines Haus mit Gittern und Riegeln hatten, wie alle anderen? Vor allem, deshalb weil ein Drittel des Volkes vor wenigen Jahren abgeschlachtet worden war, nur weil die Menschen kein Haus und keine Tür mit einem Schloss hatten und kein Stück eigenes Land. Und auch keine Armee und keine Waffen, um sich zu verteidigen? Irgendwann wird der Tag kommen, an dem alle Völker der Welt sich endlich erheben und die Mauern niederreißen, die wir uns gebaut haben, und uns mit großem Vergnügen der allgemeinen Feier anschließen, obwohl wir aus einer neurotischen Vorsicht heraus diesmal vielleicht nicht die Ersten sein werden, die auf Schlösser und Gitter verzichten. Vielleicht werden wir die Dritten oder Vierten in unserer Region sein. Nur zur Sicherheit“, räsoniert besagter Schmuël in Roman „Judas“ von Amos Oz.

Ein weiteres Jubiläum: 50 Jahre Sechs-Tage-Krieg – 50 Jahre Besatzung. Meist nur als 50 Jahre Besatzung artikuliert, auf dem Kirchentag wie auf unzähligen Veranstaltungen, mit mehr oder minder einseitigem Programm. Man kann aber nicht über die Geschichte der Besatzung reden, ohne den Sechs-Tage-Krieg, den Abzug der UN vom Sinai, die heranrückenden 1.000 ägyptischen Panzer und 100.000 Soldaten, diese existentielle Bedrohung Israels, zu erwähnen. Unter dem Motto „Freiheit für Palästina – Gegen Besatzung und Zionismus“ wendet man sich dieser Tage nicht nur gegen die Besatzung oder plädiert für eine Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts. Nein, man wendet sich gegen die Existenz des jüdischen und demokratischen Staates selbst.

Offensichtlich geht es bei „Besatzung“ nicht nur um Westbank und Gaza, nur um Jericho, Hebron oder Nablus, sondern Besatzung meint dann wohl auch Städte wie Tel Aviv, Be’er Sheva oder Haifa. Keck formuliert man ganz offen: „Wir lassen uns Antizionismus nicht verbieten!“ Das erfordert unseren Widerspruch.

Hier sind wir im Bundestag über alle Partei- und Fraktionsgrenzen ganz klar: Über die Existenz Israels und das Recht des israelischen Volkes auf Sicherheit und Frieden gibt es mit uns keine Diskussion. Wir unterstützen die Zwei-Staaten-Lösung, das Recht auf Selbstbestimmung der palästinensischen Bevölkerung und einen eigenen Staat, der in Frieden an der Seite Israels existieren soll.

Ich würde mir wünschen, dass man das unklare Verhältnis zu Terrorismus bei der palästinensischen Führung und das System der Märtyrerpensionen mindestens immer mit der gleichen Deutlichkeit kritisieren würde, wie das unsere Regierung beim Siedlungsbau durchaus zurecht macht.

Mit Empathie sollten wir Deutschen auf die Sorgen der Israelis blicken und uns fragen, wie wir einen tatsächlichen, aktiven Beitrag zu einem neuen Anlauf für einen Friedensprozess leisten können. Als Oberlehrer, wie Esther Schapira und Georg Hafner jüngst in der Jüdischen Allgemeinen formulierten, braucht man uns nicht.

Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte am 24. Juni in der Knesset: „Die Beziehungen unserer beiden Länder [können] niemals normale Beziehungen sein. Sie sollten es auch niemals sein: schlicht *normal*/dürfen sie auch niemals werden. Angesichts der Geschichte, die unsere Staaten schicksalhaft verbindet, werden ,unsere normalen Beziehungen auf immer besondere Beziehungen bleiben“, zitiert er Bundespräsident Joachim Gauck.

Diese besonderen Beziehungen gilt es mit Leben zu füllen, deshalb zwei konkrete Wünsche an unsere Regierung, um die Freundschaft zwischen dem israelischen und deutschen Volk zu vertiefen.

Mit meinem Freund und Counterpart in der Knesset, dem Vorsitzenden der israelisch-deutschen Parlamentariergruppe Nachman Shai habe ich vor vier Wochen die Initiative ergriffen, das jeweilige Staatsangehörigkeit so anzupassen, dass die doppelte Staatsangehörigkeit zwischen Israel und Deutschland generell hingenommen wird. So haben wir es in einem gemeinsamen Schreiben an unsere jeweiligen Regierungschefs,

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, vorgeschlagen. Bislang lässt dies Deutschland nur bei der EU und der Schweiz zu. Aufgrund unserer besonderen Beziehungen sollte uns Israel doch so nah am Herzen sein wie die Schweiz.

Und warum sollte sich Deutschland wegen dieser Beziehungen nicht auch stärker dafür einsetzen, dass Israel endlich als normales und gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft wahrgenommen wird? Ich möchte Sie bitten sich eine Frage mit mir zu stellen: Was haben Ägypten, Syrien, Libanon, Jordanien und Israel gemeinsam? Sie sind alle Mitglieder der Vereinten Nationen, sie liegen alle in der Nahost-Region. Und was unterscheidet sie? Jetzt werden sie denken, jetzt kommt der wieder mit Israel als „einzige Demokratie im Nahen Osten“. Diese Aussage stimmt zwar, aber darauf will ich gar nicht hinaus.

Israel ist das einzige Land in dieser Reihe, das in seinen nunmehr 68 Jahren Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen niemals Mitglied des UN-Sicherheitsrates war. Ich meine es ist Zeit, das geht jetzt an die deutsche Außenpolitik, aber auch die anwesenden Mitglieder des diplomatischen Corps: zum 70. Geburtstag könnte man sich daran machen, endlich den jüdischen und demokratischen Staat als normales Mitglied der Vereinten Nationen zu behandeln.

Traditionell beenden wir den Pessach-Seder mit dem Wunsch „nächstes Jahr in Jerusalem!“ Es sind dann zwar nicht 40, sondern schon 70 Jahre, heraus aus der Wüste der sich immer wieder wiederholenden Isolierung Israels in der UN. Ich finde es ist an der Zeit, dass Israel im 70. Jahr seines Bestehens diesbezüglich sagen könnte: „nächstes Jahr in New York!“